

# Blackout

Eine unterbelichtete Republik



Rainer Gievers

Rainer Gievers

# **Blackout**

**Eine unterbelichtete Republik**

*[www.das-praxisbuch.de](http://www.das-praxisbuch.de)*

# Vorwort

Kennen Sie auch dieses merkwürdige Gefühl im falschen Film zu sein, wenn Sie die Nachrichten im TV oder die Unterhaltungen am Stammtisch verfolgen?

Sie sind nicht allein. Bestimmte Themen sind inzwischen derart moralisch aufgeladen, dass Fakten keine Rolle mehr spielen. Dies gilt besonders für die Energiewende, deren Umsetzung am Ende Billionen kosten wird. Ihre Befürworter treten dabei gegen einen übermächtigen Gegner an: Die Physik.

Ein weiteres großes Thema in diesem Buch sind die Fehlentwicklungen in den bürgerlichen Parteien, welche zur Wählerabwanderung an den rechten und linken Rand führen. Dabei suchen die Politiker die Gründe dafür nicht bei sich selbst, sondern faseln davon, dass man sein Parteiprogramm den Bürger nicht ausreichend erklärt hätte. Auch ein Verbot der AfD steht immer noch im Raum – als ob damit das Problem der Wählerunzufriedenheit beseitigt wäre.

In den letzten Jahren sind nicht nur die öffentlich-rechtlichen Sender, sondern auch die Print-Medien immer mehr zu einer Hofberichtserstattung der jeweils aktuellen Regierung übergegangen. Kritik hört man nur noch selten. Kein Wunder, dass sich viele Mitmenschen nur noch bei X (vormals Twitter) und auf spezialisierten Online-Angeboten wie Nius (von einem Ex-Bild-Chefredakteur betrieben) informieren.

Mit dem Aufstieg der sozialen Netzwerke hat die Politik einen mächtigen Gegner bekommen: den einfachen Bürger, der mit minimalem Aufwand – ein Post genügt – auf Missstände aufmerksam machen kann. Den Regierenden ist dies ein Dorn im Auge, weshalb durch gesetzliche Regulierungen wie den Digital Services Act die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden soll.

Dieses Buch widmet sich auch der Frage, warum so viele – Bürger wie Politiker – derart dumme Ideen haben und haarsträubende Entscheidungen treffen. Dietrich Bonhoeffers „Theorie der Dummheit“ und Carlo M. Cipollas „Grundgesetze der Dummheit“ liefern erhellende Erklärungen.

Falls Sie von diesem Buch fertige Lösungen erwarten, muss ich Sie enttäuschen. Ich habe keine! Falls Sie sich dennoch auf das Kommende vorbereiten möchten, empfehle ich Bücher über das Mittelalter – schließlich befindet sich Deutschland auf dem besten Weg dorthin zurück.

Rainer Gievers, im Januar 2026

# Hinweis

Die Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden. Verlag und Autor übernehmen daher keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für eventuell verbliebene Fehler oder deren Folgen. Alle erwähnten Warennamen und Bezeichnungen werden ohne Gewährleistung der freien Verwendbarkeit benutzt und sind möglicherweise eingetragene Warenzeichen.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Kein Teil darf ohne schriftliche Genehmigung durch den Autor Rainer Gievers, Borgentreich, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

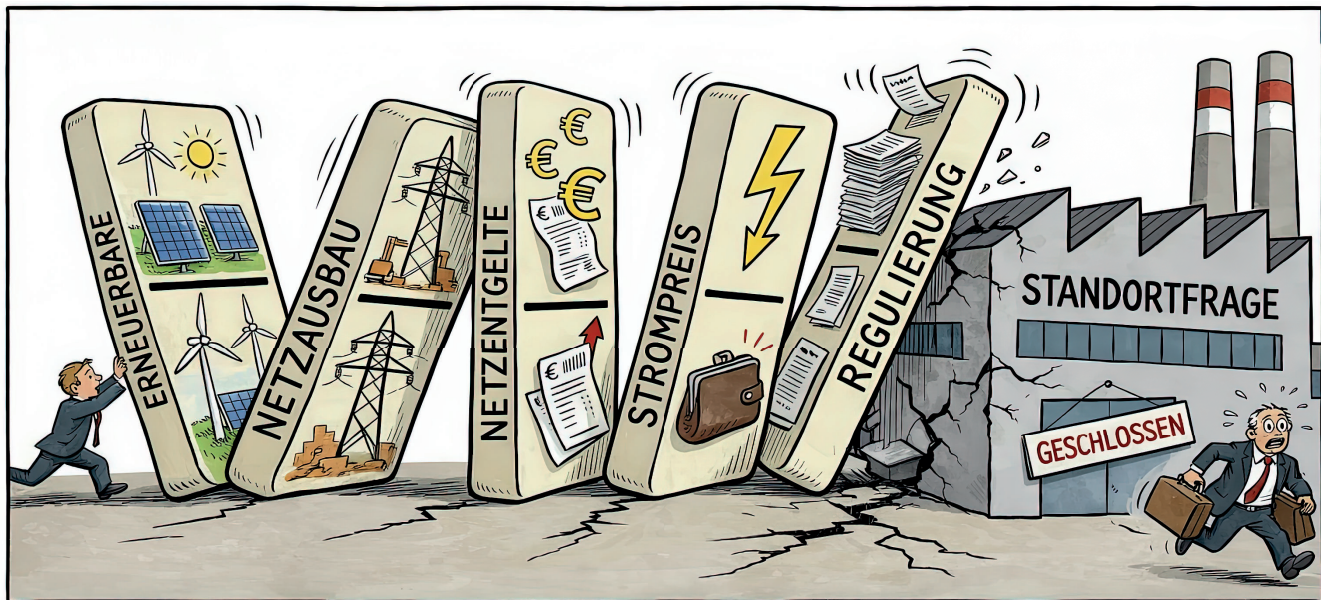
Impressum:  
Copyright © 2026  
Rainer Gievers  
Gicom Verlag  
Am Bahnhof 10  
34434 Borgentreich  
info@das-praxisbuch.de  
ISBN: 978-3-96469-310-5

# 1.

## Die Krise der Energie- und Wirtschaftspolitik

*Teure Energiewende und hohe Lasten für den Standort Deutschland*





# Auswirkungen der EU-Energiepolitik und deutscher CO2-Regulierungen auf die deutsche Wirtschaft

## EU-Energiepolitik

Das Legislativpaket „Fit for 55“ der EU verschärft die Klimaziele: Statt 40% sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% gegenüber 1990 reduziert werden. Dies führt zu drastisch steigenden CO2-Zertifikatspreisen (Unternehmen müssen für jede Tonne CO2, die sie ausstoßen, ein Zertifikat vorweisen).

Die Verschärfung des EU-ETS mit seinen steigenden CO2-Kosten trifft deutsche Unternehmen hart. Das Risiko von Carbon Leakage – der Abwanderung energieintensiver Industrien in Regionen mit niedrigeren Klimaschutzauflagen – hat sich dadurch signifikant verschärft.

Ab 2027/2028 soll mit dem EU-ETS 2 ein zweiter Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr europaweit eingeführt werden. Für Deutschland bedeutet dies die Ablösung des nationalen Systems durch ein europäisches – mit höheren und volatileren Preisen.

## Deutsche CO2-Regulierungen: Die nationale Zusatzbelastung

Deutschland hat 2021 mit dem BEHG (Brennstoffemissionshandelsgesetz) einen nationalen Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr eingeführt – zusätzlich zum EU-ETS. Ab 2026 wird der Preiskorridor bei ca. 55-65 €/t CO2 liegen. Ab 2024 werden auch CO2-Emissionen aus der thermischen Abfallverwertung bepreist, was zusätzliche Kosten für die Entsorgungswirtschaft und ihre Kunden bedeutet.

Anlagen, die bereits am EU-ETS teilnehmen, sollen nicht zusätzlich mit dem nationalen CO2-Preis belastet werden. Die Umsetzung ist jedoch komplex und führt zu bürokratischem Aufwand.

## EEG-Umlage

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) war lange Zeit ein massiver Kostentreiber. Die EEG-Umlage wurde zwar Mitte 2022 auf null Euro gesenkt, aber die Kosten verschwanden nicht – sie wurden lediglich aus dem Bundeshaushalt finanziert. Die prognostizierten Gesamtkosten für 2024 sind zuletzt auf 19 Milliarden Euro hochgeschossen.

## Netzentgelte: Der versteckte Kostentreiber

Der Ausbau erneuerbarer Energien hat in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Anstieg der dafür erhobenen Netzentgelte geführt. Um den Strom aus Solar- und Windkraftanlagen effizient zu integrieren, sind massive Investitionen in die Netzinfrastruktur erforderlich. Die Netzentgelte machten 2025 durchschnittlich 27,5-28% des Strompreises aus (11 Cent/kWh für private Haushalte).

## Der deutsche Sonderweg: Atomausstieg

Deutschland hat als einziges großes Industrieland den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen – 2023 wurden die letzten drei Kernkraftwerke abgeschaltet. Bis 2011 konnte in Deutschland ein Drittel des Strombedarfs mit günstigem Strom aus Kernkraftwerken gedeckt werden. Die Grenzkosten der bereits vollständig abgeschriebenen Kernkraftwerke lagen bei nur 15 EUR/MWh – deutlich unter allen anderen Erzeugungsformen.

Die Abschaltung aller Kernkraftwerke bedeutet nicht nur höhere Strompreise, sondern auch den Verlust der Grundlastfähigkeit. Eine Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschlands Atomausstieg von 2011 bis 2023 rund 19.200 Todesfälle durch erhöhte Luftverschmutzung und 730 Millionen Tonnen zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachte. Die ETS-Zertifikate für diese Emissionen kosteten über 57 Milliarden Euro – knapp 1.390 Euro pro Haushalt!

Kernkraftwerke sind grundlastfähig, netzstabilisierend und CO<sub>2</sub>-neutral. Ein Braunkohlekraftwerk mit 1.000 MW stößt ca. 8 Milliarden kg CO<sub>2</sub> pro Jahr aus, während Kernkraftwerke praktisch kein CO<sub>2</sub> erzeugen. Die Wiederinbetriebnahme von bis zu sechs abgeschalteten Kernkraftwerken wäre technisch möglich und würde Deutschland wetterunabhängige Grundlastsicherheit, wettbewerbsfähige Strompreise und Unabhängigkeit von Stromimporten bieten.

Während Frankreich, Polen, Finnland und andere Länder auf Kernkraft setzen oder neue Reaktoren planen, hält Deutschland am Atomausstieg fest – mit dem Argument der Sicherheit und der ungeklärten Endlagerfrage. Die wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Haltung werden zunehmend sichtbar.

## Kostenexplosion: Die Rechnung der Energiewende

Eine von Frontier Economics im Auftrag der DIHK erstellte Studie kommt zu alarmierenden Ergebnissen: Die Gesamtkosten der Energiewende in Deutschland summieren sich zwischen 2025 und 2049 auf 4,8 bis 5,4 Billionen Euro. Ab 2030 steigen die Gesamtkosten für Erzeugung, Netze, Betrieb und Importe auf 212 bis 229 Milliarden Euro pro Jahr – im ungünstigen Fall sogar auf bis zu 257 Milliarden Euro.

Die Energiewende basiert auf volatilen Erzeugern (Wind und Solar), die nicht grundlastfähig sind. Dies führt zu massiven Problemen:

- **Negative Strompreise:** 2025 gab es in Deutschland 573 Stunden mit negativen Strompreisen – Strom war weniger als nichts wert, weil das Überangebot nicht gespeichert oder abtransportiert werden konnte. Deutschland muss in solchen Situationen Abnehmer bezahlen, damit der Strom abgenommen wird – ansonsten würde das Netz zusammenbrechen.
- **Dunkelflauten:** Wenn weder Wind weht noch Sonne scheint, muss Deutschland teuren Strom aus fossilen oder nuklearen Quellen aus dem Ausland einkaufen (Polen, Tschechien, Frankreich). Diese Importabhängigkeit widerspricht der angestrebten Energiesouveränität.
- **Netzstabilität:** Erneuerbare Energien liefern keine Momentanreserve (rotierende Masse), die für die Netzstabilität (Frequenz- und Spannungshaltung) unerlässlich ist. Der Wegfall konventioneller Kraftwerke gefährdet deshalb die Versorgungssicherheit.

## Speicherproblem

Die derzeit verfügbaren Stromspeicherkapazitäten in Deutschland betragen rund 12 GWh. Kurzfristig wird bis 2030 ein Ausbau auf etwa 100 GWh erwartet, was vor allem der Netzstabilisierung dient. Für eine vollständig erneuerbare Stromversorgung wären jedoch langfristig saisonale Speicher im Umfang von mehreren Tausend GWh erforderlich. Batteriespeicher eignen sich aufgrund hoher Kosten und begrenzter Entladezeiten jedoch nur für kurzfristige Anwendungen (Stunden bis wenige Tage). Selbst bei stark sinkenden Kosten von künftig unter 100 Euro/kWh wären sie für saisonale Speicherung ökonomisch und technisch ungeeignet.

Für längere Dunkelflauten setzt die Bundesregierung daher auf Wasserstoffspeicherung und gasbasierte Backup-Kraftwerke. Diese Technologien verursachen jedoch sehr hohe Stromgestehungskosten: Für 2045 werden Werte von rund 300–350 Euro/MWh erwartet, deutlich über den Kosten erneuerbarer Direkterzeugung. Dies verdeutlicht, dass Versorgungssicherheit in einem vollständig erneuerbaren System mit erheblichen Zusatzkosten verbunden ist.

## Der deutsche Alleingang

Deutschland führte 2025 die Liste der teuersten Stromländer Europas an: 38,35 Cent/kWh für private Haushalte – 34% über dem EU-Durchschnitt von 28,72 Cent. Zum Vergleich: Frankreich: 26,64 Cent/kWh (31% günstiger), Niederlande: 23,42 Cent/kWh (39% günstiger), Ungarn: 10,4 Cent/kWh (fast viermal günstiger!)

2024 lag der deutsche Strompreis noch bei 28,06 Cent/kWh. Der Anstieg um mehr als 35% innerhalb eines Jahres ist auf höhere Netzentgelte, sinkende staatliche Entlastungen und eine angespannte Lage an den Energiemärkten zurückzuführen.

Fazit: Deutschland zahlt die höchsten Strompreise weltweit (Haushaltskunden), gefährdet die Versorgungssicherheit und verliert Wettbewerbsfähigkeit. Weltweit sind 112 Atomkraftwerke im Bau und 330 in Planung (Stand Ende 2021). China will bis 2050 230 weitere AKWs bauen. Deutschland steht international isoliert da.

## Wirtschaftliche Konsequenzen

Die hohen Strompreise gefährden die deutsche Industrie fundamental. Industriekunden zahlten 2024 durchschnittlich 14 bis 16,77 Cent pro Kilowattstunde – deutlich über internationalen Wettbewerbern.

45% der energieintensiven Betriebe planen oder realisieren Produktionseinschränkungen oder Abwanderung – sieben Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Bei Großunternehmen liegt dieser Anteil bei 51%.

Die Chemieproduktion liegt auf 30-Jahres-Tief, die Aluminiumproduktion brach um 63% ein und die Stahlindustrie kämpft ums Überleben. Diese Entwicklung ist direkt auf die Energiekosten zurückzuführen.

Die hohen Strompreise belasten vor allem Geringverdiener. Während Höchstverdiener nur 0,17% ihres Nettoeinkommens für die EEG-Finanzierung aufwenden mussten, wurden Geringverdiener mit 1% zur Kasse gebeten – die sechsfache relative Belastung.

Bei einem durchschnittlichen Haushaltsstrompreis von 38 Cent/kWh und einem Verbrauch von 3.500 kWh/Jahr zahlt ein Haushalt 1.330 Euro pro Jahr für Strom. Für einkommensschwache Haushalte ist dies eine erhebliche Belastung, die zu Energiearmut führen kann.

## Gescheiterte Energiepolitik?

Die deutsche Energiewende verfehlt zentrale Ziele:

- **Versorgungssicherheit:** Die Gefahr für Blackouts nimmt zu, Netzausfälle häufen sich. Deutschland ist zunehmend auf Stromimporte angewiesen – ausgerechnet aus Ländern mit Atom- und Kohlestrom.
- **Klimaschutz:** Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sanken zwar, aber zu einem extrem hohen Preis. Der Atomausstieg führte von 2011-2023 zu 730 Millionen Tonnen zusätzlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen.
- **Bezahlbarkeit:** Deutschland hat die höchsten Strompreise Europas und weltweit. Die Energiewende ist unbezahlbar geworden.
- **Wettbewerbsfähigkeit:** Die Deindustrialisierung ist Realität. Deutschland verliert systematisch Industriekapazität und Arbeitsplätze.

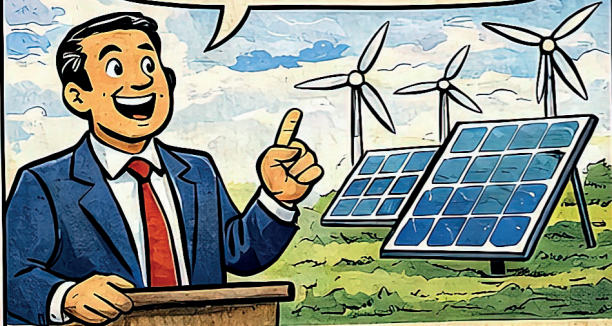
Die EU-Energiepolitik allein wäre bereits herausfordernd. In Kombination mit dem deutschen Alleingang wird sie zur existenziellen Bedrohung für den Industriestandort Deutschland. Während Frankreich mit Kernkraft 31% niedrigere Strompreise hat und andere Länder auf Technologiemitx setzen, manövriert sich Deutschland in eine energiepolitische Sackgasse – mit gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

**Die Frage ist nicht mehr, ob die Energiepolitik gescheitert ist, sondern wie hoch der endgültige Preis sein wird.**

# Energiewende: Der Plan, die Realität... und der Taschenrechner

## Der Plan

Wir werden durch Wind- und Sonne klimaneutral!



Und es soll monatlich pro Haushalt nur soviel wie eine Kugel Eis mehr kosten, **versprochen!**



## Überproduktion

Bei Überproduktion verschenkt Deutschland seinen Strom bzw. muss ihn mit Zuschüssen exportieren.



Der Umbau der Energieinfrastruktur bis 2035 wird mehr als **1 Billion Euro** kosten.



## Realität der Dunkelflauten

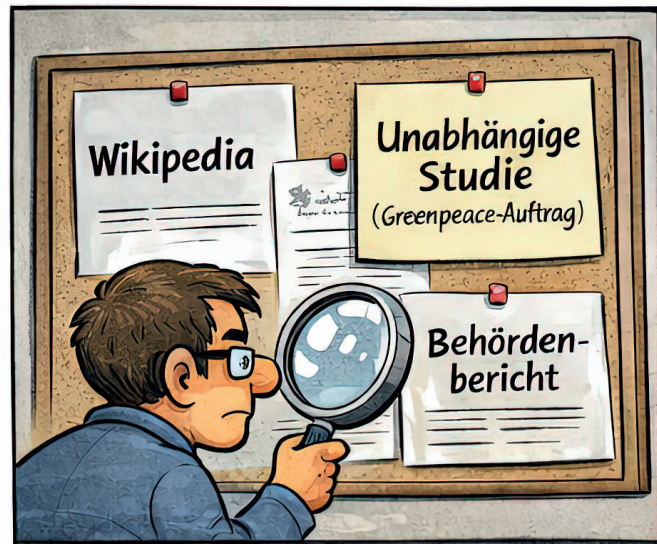


Wind und Sonne liefern bei Flaute, Wolken und nachts keinen Strom. In diesen Phasen müssen Gas- und Kohlekraftwerke einspringen. Wir importieren auch viel (Atom-)Strom vom Ausland.



... und der einfache Bürger muss für diesen Unsinn zahlen!

# Kernenergie: Teuer oder teuer gemacht?



Nicht nur Wikipedia, auch viele Studien stellen die Kernenergie als zu teuer und riskant dar. Zu beachten ist allerdings: Die »Auftragsstudien« liefern häufig Ergebnisse im Sinne des Auftraggebers.

Politische Entscheidungen seit 2004, darunter verkürzte Laufzeiten der Atommeiler und absichtliche Verzögerungen bei der Endlagersuche, trugen maßgeblich zur Kostensteigerung bei.

Der ehemalige Grünen-Politiker Jürgen Tritin hat in einem Interview 2022 zugegeben:  
 »Uns war klar, dass wir Atomkraft nicht nur über Protest auf der Straße verhindern können. Daraufhin haben wir in den Regierungen in Niedersachsen und später in Hessen versucht, Atomkraftwerke unrentabel zu machen, indem man die Sicherheitsanforderungen hochschraubt.«



Bis zum Jahr 2002 (kurz vor Beginn des Ausstiegs!) gab es in Deutschland **keine Subventionen** für die kommerzielle Stromerzeugung aus Kernenergie (Quelle: Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8084, S. 16.)

# Energiewende – Ziel: 0% CO<sub>2</sub>

Einfach auf Wind und Sonne umschalten – kein Problem!

CO<sub>2</sub> = 0

Teuer

Und wer bezahlt das?

Stromrechnung

## Die Energiewende ist nicht umsetzbar

Der promovierte Physiker Björn Peters ist Berater für Energiewirtschaft und Energiepolitik. Seiner Ansicht nach befinden wir uns beim Einsatz der Erneuerbaren aktuell in einer kritischen Phase:

Bei einem **Marktanteil der Erneuerbaren von 30 bis 60 Prozent** (hier befinden wir uns aktuell) ist Regelbarkeit des Kraftwerksparks ausgereizt. Immer wieder kommt es zu volkswirtschaftlich schädlichen Negativpreisen an der Strombörse. Der thermische Kraftwerkspark (Kohle- und Gaskraftwerke) kommt auf deutlich reduzierte Einsatzstunden und ist zu unprofitabel, um Neubau zu rechtfertigen. Damit der wetterabhängig produzierte Strom einigermaßen gut genutzt werden kann, muss das Stromnetz massiv ausgebaut werden. Die Wetterabhängigen sind allerdings wegen der hohen Gleichzeitigkeit der Einspeisung gleichfalls nicht am Markt überlebensfähig. **Der Staat muss sämtliche Komponenten des Stromerzeugungssystem subventionieren.**

Ab einem **Marktanteil der Wetterabhängigen von 60 bis 90 Prozent** reicht die erzeugte Energie nicht mehr aus. Das Gesamtsystem muss von nachfrage- zu angebotsorientierter Stromversorgung umgestellt werden. Dieser Schritt ist unreal, denn vorher ist mit einem Zusammenbruch der Wirtschaft zu rechnen.

## Deutschland ist für einen Extremwinter nicht gerüstet

Der Meteorologe Dr. Ryan Maue prognostiziert, dass die deutsche Stromversorgung in einem Extremwinter, wie wir ihn 1962/63 erlebten, zusammenbrechen würde.

Maue verweist auf die Studie „On the Link Between Weather Regimes and Energy Shortfall During Winter for 28 European Countries“ in der Fachzeitschrift Meteorological Applications. Dort wird dargelegt, wie das heutige Stromsystem mit historischen Extremwintern umgehen würde. Auch der Jahrhundertwinter von 1962/63 wurde mit dem heutigen Netz simuliert, wobei es sich zeigte, dass Europa überhaupt nicht dafür gerüstet ist. Das Problem: Da das Extremwetter auch unsere Nachbarländer betrifft, kann Deutschland nicht auf die gewohnten Stromimporte zurückgreifen.

Quellen:

[https://x.com/Bjoern\\_Peters/status/2005346621622808872](https://x.com/Bjoern_Peters/status/2005346621622808872)

<https://report24.news/meteorologe-maue-wenn-der-jahrhundertwinter-zurueckkommt-ist-deutschland-am-ende/>

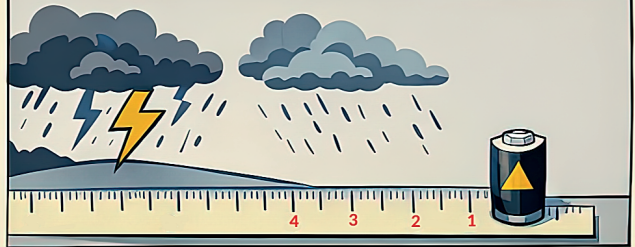
# Stromspeicher in Deutschland – Warum Batterien keine Dunkelflaute retten

Eine grafische Einordnung von Fakten, Größenordnungen und Kosten

**Ziel: 80 % erneuerbarer Strom bis 2030**



**Realität: Speicher decken heute nur Bruchteile des Bedarfs.**



**Alle deutschen Speicher zusammen:**

**← 30 Minuten Strom**

(Batteriespeicher: unter 1 Minute)



Thermische Speicher: Noch im Entwicklungsstadium.

**Die 7-Tage-Dunkelflaute:**



**10 TWh × 250 €/kWh = 2,52 Billionen Euro**

**= 60 % des deutschen BIP**

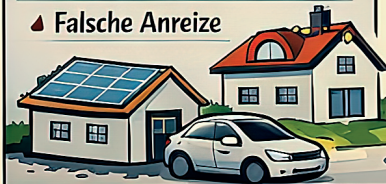
Lebensdauer: 15–20 Jahre → Danach Austausch!



**Keine Lösung für nationale Versorgungssicherheit.**

**Heimspeicher & E-Autos?**

- ▲ Wirtschaftlich ineffizient
- ▲ Hoher Batterieverschleiß
- ▲ Falsche Anreize



**Batterien:** Gut für Minuten & Stunden

**Wasserstoff:** Günstige Speicherung, aber hohe Verluste

**Netze & Kraftwerke:** Unverzichtbar



**Experten-Fazit:**

Eine rein batteriegestützte Absicherung einer Dunkelflaute ist technisch und ökonomisch nicht darstellbar.  
Die Energiewende benötigt einen Systemmix – keine Speicher-Illusion.

# Warum ist die atomare Endlagerung so teuer?

Eine Studie rechnet mit einem Endlager erst **2074 – 43 Jahre** später als geplant.

Die Kosten der Entsorgung sollen bis 2100 etwa **170 Milliarden Euro** betragen.



Dass die hohen Kosten politische Gründe haben, zeigt der Blick nach Finnland:

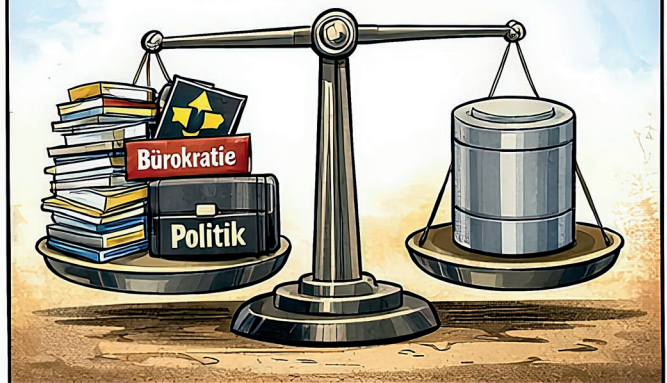


Die unterirdische Bunkerung ist eine politische Entscheidung.

In den USA lagert man im Vergleich seit über **30 Jahren kostengünstig oberirdisch.**



Nicht die Technik treibt die Kosten – sondern die **politischen Vorgaben!**



**Während Atommüll** mit der Zeit an Strahlkraft verliert, bleibt die **Gefährlichkeit von chemischem Giftmüll** mangels Zerfall konstant. Dennoch regt sich gegen die bereits **2,5 Millionen Tonnen** eingelagerten **Chemikalien** kaum Widerstand.



# Das teure Märchen von der Dekarbonisierung mit Wasserstoff

„Es war einmal ein Wirkungsgrad...“

## Die große Verheißung

**Zukunft jetzt!**  
**Alles mit Wasserstoff!**

Wir ersetzen einfach alles durch **Wasserstoff** – sauber, effizient und völlig problemlos!

## Die Physik meldet sich

100% Strom → Elektrolyse  
→ Kompression  
→ Transport  
→ Rückverstromung  
≈ 20% nutzbare Energie ☹️

## Die traurige Realität

H<sub>2</sub> aus importiertem LNG:  
**+33% mehr Treibhausgas**  
gegenüber Kohle!

Viele H<sub>2</sub>-Projekte werden eingestellt, weil sie sich niemals rechnen würden.

**Fazit: Glaub nicht den Märchen inkompetenter Politiker!**

# Wenn Moral zum Geschäftsmodell verkommt

## Das gekaufte Klagerecht



Professionell organisierte Klima-NGOs werden heute mit massiven öffentlichen und privaten Mitteln in dreistelliger Millionenhöhe unterstützt. Besonders die Finanzierungspraktiken großer Verbände stehen dabei im Fokus: So ließen sich NABU und BUND ihr Verbandsklagerecht in der Vergangenheit wiederholt durch finanzielle Abfindungen „abkaufen“, anstatt Bauprojekte gerichtlich zu stoppen.



Ausländischer Einfluss: Die in den USA registrierte Energy Foundation China hat seit 2021 mehr als 100.000 Euro an eine deutsche Klimaretter-NGO gezahlt.



In den bei wichtigen Klimaentscheidungen einberufenen Kommissionen waren zahlreiche NGOs vertreten, aber kein einziger Vertreter der betroffenen Industriebranchen.

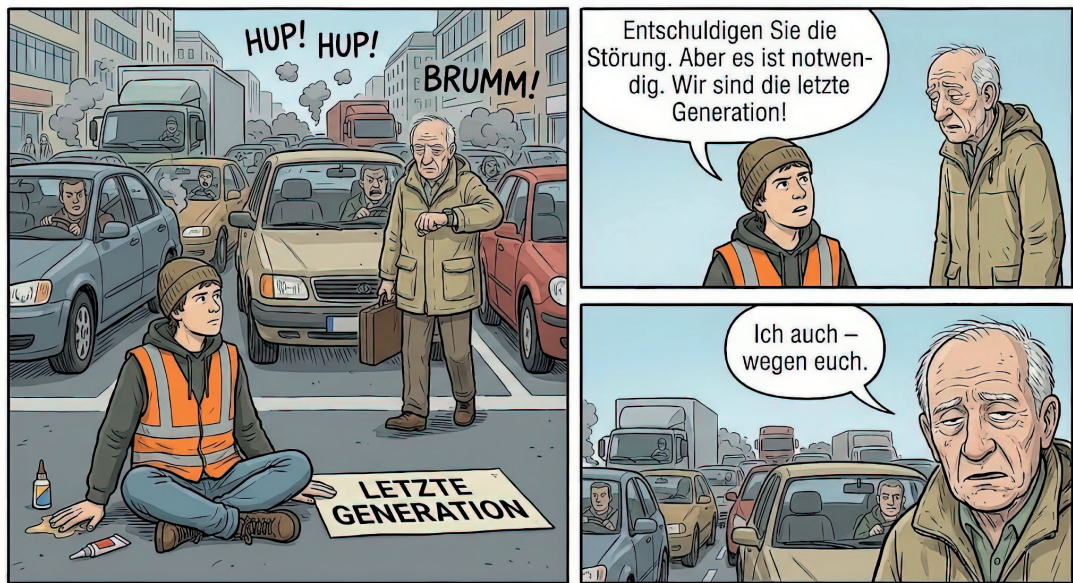


Die Politik nutzt die Wissenschaft als Alibi. Institute werden zu glaubwürdigen Sprachrohren umfunktioniert, um die Herkunft politischer Strategien zu verschleiern. Bei diesen bestellten Studien ist das Ergebnis kein Zufall, sondern Teil des Auftrags.



Problematisch ist bezahlter »Klima-Journalismus«: Andere Medienhäuser greifen auf die so entstandenen irrlächeren Beiträge zurück, ohne sie zu hinterfragen. Eine Studie belegt zudem, dass die meisten Medienbeiträge über den Klimawandel in Deutschland unsichere wissenschaftliche Fakten nicht ausreichend bewerten.

# Klima-Skeptiker



Dass sich das Klima erwärmt und die Menschheit dafür die Hauptverantwortung trägt, dürfte wohl außer Frage stehen. Problematisch ist allerdings, dass das wissenschaftliche Fundament für viele Klimathesen auf sehr wackeligen Beinen steht.

## Klimasensitivität

Wie stark steigt die Temperatur der Erde an, wenn sich der CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre verdoppelt? Die Antwort auf diese Frage liefert die sogenannte Klimasensitivität. Als Schlüsselwert der Klimaforschung ist sie unerlässlich, um die Auswirkungen künftiger Emissionsszenarien abzuschätzen. Allerdings liegen die berechneten Werte zwischen ca. 1,5 und ca. 4,5 Grad Celsius. Das heißt, man weiß, dass die Erde wärmer wird, aber die genaue Stärke ist unbekannt.

Von der erwarteten Erwärmung hängen unsere politischen Entscheidungen ab:

- Niedrige Klimasensitivität (ca. 1,5 °C): Die Erwärmung läuft langsamer ab und die Schäden sind begrenzt. Eine Anpassung, beispielsweise von Deichen oder der Landwirtschaft, wäre gut möglich. Radikale Maßnahmen sind dann nicht zu rechtfertigen.
- Hohe Klimasensitivität (ca. 4,5 °C): Die schnelle, starke Erderwärmung birgt hohe Risiken und drastische Emissionsreduktionen könnten sinnvoll sein.

Die aktuelle Politik handelt oft so, als wäre das 4,5-Grad-Szenario sicher, obwohl das 1,5-Grad-Szenario wissenschaftlich nicht ausgeschlossen ist.

## Modellgrenzen

Klimamodelle sind wichtige Werkzeuge, aber sie können die Zukunft des Klimas nicht wie eine Wettervorhersage „exakt prognostizieren“. Statt dessen liefern sie berechnete Szenarien. Globale Klimamodelle sind dabei so komplex, dass sie nicht im klassischen Sinn widerlegt werden können. Bei den enthaltenen Teilmodellen, beispielsweise für Wolkenbildung, Luftschadstoffe (Aerosole) oder langsame Meeresströmungen, muss mit starken Vereinfachungen oder sogar Annahmen gearbeitet werden.

Regionale Klimamodelle sind in diesem Zusammenhang besonders kritisch zu sehen. In der Vergangenheit haben viele Modelle die Erwärmung in der unteren Atmosphäre (Troposphäre) stärker berechnet, als sie in dann in Satellitenmessungen zu sehen war.

Temperaturziele von maximal 1,5 Grad Erwärmung werden häufig als scharfe physikalische Grenze behandelt, obwohl sie nicht einen konkret messbaren „Kipp-Punkt“ markieren, bei dem das Klimasystem schlagartig umspringt. Es handelt sich einfach nur um eine willkürlich gewählte politische Marke.

## Weitere Einflussfaktoren

CO<sub>2</sub> ist ein zentraler Steuerungsfaktor im Klimasystem. In der Physik der Treibhausgase ist gut belegt, dass der Strahlungsantrieb von CO<sub>2</sub> mit der Logarithmus-Funktion zunimmt. Daraus folgt: Die erste Verdopplung der Konzentration von vorindustriell etwa 280 ppm auf 560 ppm bewirkte deutlich mehr zusätzliche Erwärmung als eine weitere Verdopplung darüber hinaus. Dieser abnehmende Zusatz-Effekt bedeutet nicht, dass hohe CO<sub>2</sub>-Werte harmlos wären, sondern dass jede zusätzliche Erhöhung auf einem bereits hohen Niveau immer noch Wirkung hat, nur eben in einer flacher werdenden Kurve!

Neben den von Menschen produzierten CO<sub>2</sub> spielen beim Klima aber auch natürliche Phänomene wie Ozeanzyklen (können über Jahrzehnte Temperatur- und Niederschlagsmuster verstärken oder dämpfen), schwankende Sonneneinstrahlung, und Wolken (je nach Art und Höhe sind diese wärmend oder kühlend) eine wichtige Rolle. Erdgeschichtliche Daten zeigen zudem: Temperaturänderungen gingen CO<sub>2</sub>-Änderungen häufig voraus, nicht umgekehrt.

Fazit: Politiker und Aktivisten suggerieren eine lineare, nahezu monokausale Steuerung des Klimas durch CO<sub>2</sub> – das ist wissenschaftlich verkürzt.

## Nationale Alleingänge

Deutschland verursacht ca. 1,8 % der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Selbst eine vollständige Emissionseliminierung hätte keinen messbaren Einfluss auf die globale Temperaturentwicklung.

Klimapolitik wirkt nur global. Vor diesem Hintergrund sind die langfristigen Klimaziele der großen Emittenten entscheidend. Die EU hat sich der Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts verschrieben und auf mindestens 55 Prozent Emissionsminderung bis 2030 gegenüber 1990 verständigt. Seit 2025 steht „Klimaneutralität bis 2045“ in einem neuen Artikel des deutschen Grundgesetzes.

Dagegen sind die Versprechungen der anderen großen Industrienationen recht schwammig. Die USA und China planen mit der Netto-Null zu Mitte des Jahrhunderts. Ob die klimakritische Trump-Regierung die Zusagen der Vorgänger einhält ist aber ebenso fraglich wie die Zuverlässigkeit Chinas, das für politische Stabilität nicht nur die eigenen Menschenrechte opfert.

## Energiewende vs Energiesysteme

Frankreich und Dänemark sind zwei Beispiele für EU-Staaten, die erfolgreich ihre Energieversorgung auf fast völlige CO<sub>2</sub>-Neutralität umgestellt haben. Während Norwegen aufgrund seiner geografischen Lage weitgehend auf Wasserkraft setzt, nutzt Frankreich inzwischen zu 65 Prozent Atomkraft und deckt weitere 31 Prozent mit Erneuerbaren ab.

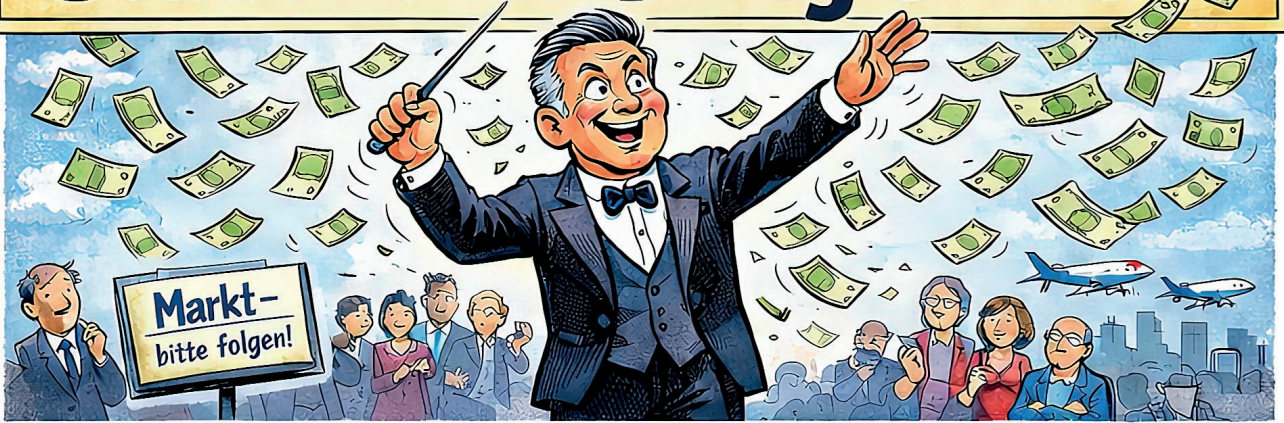
In Deutschland wurden die Atomkraftwerke abgeschaltet, während gleichzeitig der nahezu vollständige Umstieg auf Wind- und Solarenergie vorangetrieben wird. Wind- und Photovoltaikanlagen können jedoch die dauerhaft hohe Grundlast eines Industrie- und Exportlandes wie Deutschland bislang nicht verlässlich decken, insbesondere nicht in Zeiten von Dunkelflauten oder stark erhöhtem Bedarf im Winter. Um Versorgungslücken zu vermeiden, müssen daher weiterhin Kohle- und Gaskraftwerke in Bereitschaft gehalten oder tatsächlich betrieben werden, was zu erheblichen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen führt und den von der Politik kommunizierten Anspruch einer „klimaneutralen“ Energieversorgung konterkariert. Großtechnische Batteriespeicher, die solche Schwankungen im benötigten Umfang ausgleichen könnten, wären nach heutigem Stand mit Investitionen im Billionenbereich verbunden und sind deshalb derzeit als Utopie anzusehen.

Die Kosten für sinnlose Subventionen von Wind- und Solarparks, den Betrieb von traditionellen Kraftwerken und den Ausbau des Leitungsnetzes trägt am Ende der deutsche Steuerzahler!

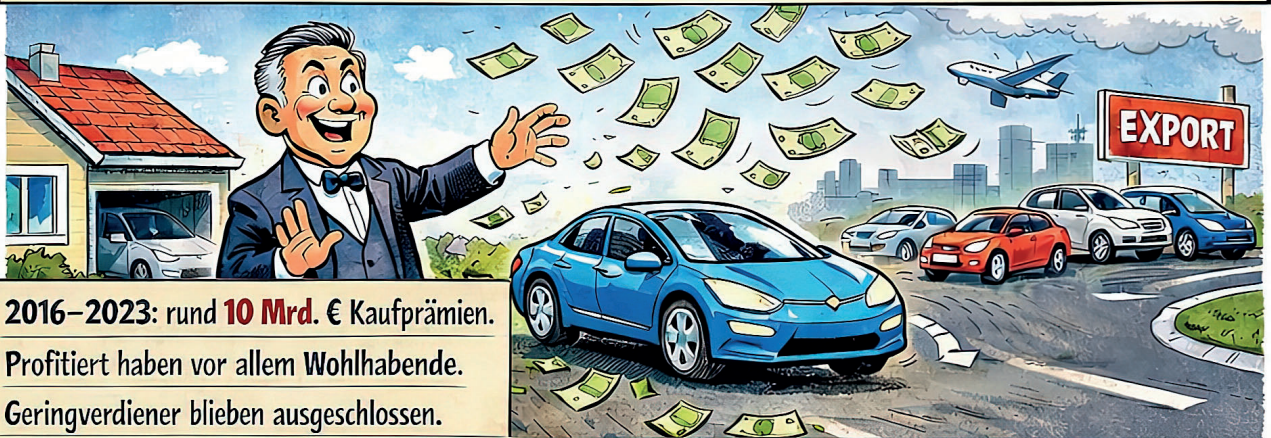
## Die Profiteure

Es hat sich eine regelrechte „Klima“-Industrie entwickelt, die sich gegenseitig Fördergelder und Posten zuschiebt. Altgediente Vereine wie Greenpeace sind von NGOs, zum Beispiel der Deutschen Umwelthilfe, abgelöst worden, die nicht nur öffentliche Gelder erhalten, sondern sich gegen Spenden ihre Umweltklagen abkaufen lassen.

# Staatlicher Dirigismus



## E-Autförderung 2016–2023



2016–2023: rund **10 Mrd. €** Kaufprämien.

Profitiert haben vor allem Wohlhabende.

Geringverdiener blieben ausgeschlossen.

**40 %** der geförderten Kfz gingen ins **Ausland** und trugen nicht zur **CO<sub>2</sub>-Reduzierung** in Deutschland bei.

## E-Autos – nur für Gutverdiener?



E-Autos sind vor allem für **Eigenheimbesitzer** attraktiv.

Mieter haben oft weder **Ladeinfrastruktur**  
noch **finanziellen Spielraum**.

**Fazit:** Wenn Politik dirigiert, aber der Markt nicht folgen kann, dann entsteht kein harmonisches Konzert!

# Ist bescheuert, wer noch arbeitet?

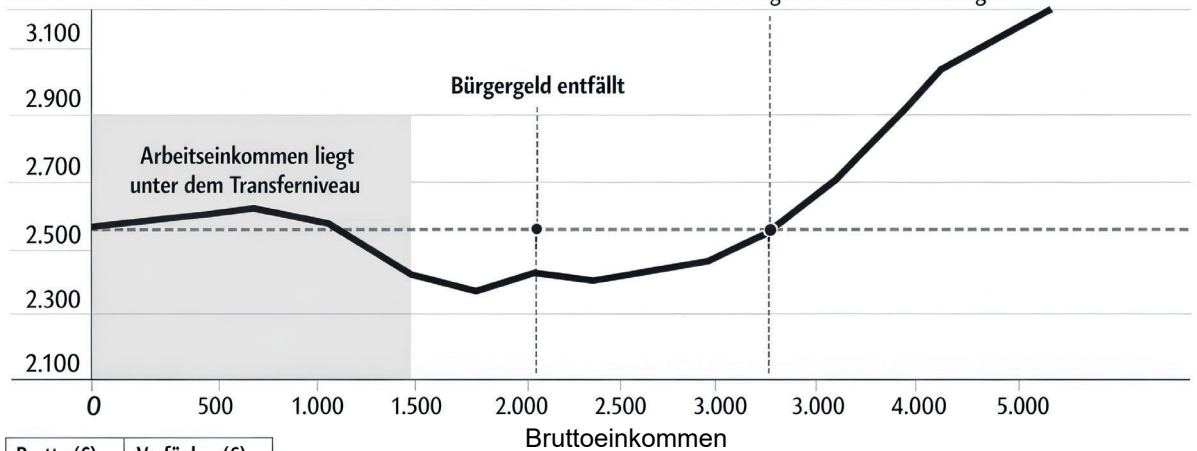


## Arbeit lohnt sich für Familien erst spät

Verfügbares Haushaltseinkommen eines Vierpersonenhaushalts bei steigendem Bruttolohn

Verfügbares Haushaltseinkommen  
(€/Monat)

Ende von Wohngeld und Kinderzuschlag



Brutto (€)	Verfügbar (€)
0	2.060
1.000	1.850
2.000	2.170
3.000	2.220
5.000	3.000

Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2023/24.

Eigene Berechnungen, Paar, 2 Kinder (5/9), Warmmiete 807 €.

Die Grafik verdeutlicht das Problem der Grenzabgabenlast. In dem Bereich zwischen 1.500 und 3.000 Euro Brutto liegt die effektive Belastung oft bei über 80 bis 90 %. Das bedeutet: Von 100 % mehr Brutto bleiben der Familie oft nur 10 % netto übrig, da gleichzeitig staatliche Zuschüsse gestrichen werden.

# SOZIALER SPRENGSTOFF



Das 2023 eingeführte Bürgergeld wird 2026 von der „Neuen Grundsicherung“ (Grundsicherung für Arbeitssuchende) abgelöst. Die vorgenommenen Änderungen betreffen vor allem die Mitwirkungspflichten, während sich an der Förderungshöhe nichts ändert. Berechtig sind erwerbsfähige Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst decken können.

Die CDU-SPD-Koalition wird damit allerdings die Debatte darüber, ob die Unterstützung zu hoch ausfällt und den Anreiz zur Arbeitsaufnahme mindert, nicht beenden können.

In einer 2024 veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird eine mangelnde Überprüfung auf die Wirksamkeit bemängelt:

*„Trotz der anhaltenden politischen und medialen Kontroversen mangelt es seit der Implementierung bislang an empirischer Evidenz sowohl mit Blick auf potenzielle Arbeitsmarkteffekte als auch Erfahrungen in den Jobcentern bei der Anwendung der neuen Regelungen.“*

Auf Deutsch übersetzt: Es gab bisher keine wissenschaftliche Auswertung, ob das Bürgergeld einen positiven Einfluss auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt hat.

Für uns ist es einfach nur erstaunlich, dass es der Politik, von den Landesregierungen bis hin zur Bundesregierung, offenbar völlig egal ist, wo die vielen Milliarden landen, die ins Sozialsystem gepumpt werden – 2025 waren 25,9 Milliarden Euro alleine für das Bürgergeld eingeplant. Ist den Politikern das Thema vielleicht lästig und soll möglichst unter der Decke bleiben?

Bei den vielen polemisch geführten Diskussionen rund um das Bürgergeld steht immer die Frage im Raum, ob es Menschen von der Arbeitsaufnahme abhält. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schreibt dazu in seinem Jahresgutachten 2023/2024:

*„Im aktuellen Steuer-Transfer-System sind die Anreize, Arbeit aufzunehmen oder das Arbeitsangebot auszuweiten, insbesondere für Familien, die einen Kinderzuschlag erhalten, zum Teil sehr gering, und die Übergänge zwischen verschiedenen Leistungen weisen Sprungstellen in der Grenzbelastung auf.“*

Die Grenzbelastung entspricht dem Anteil eines zusätzlich verdienten Euros, der aufgrund von Transferentzug im Transfersystem, Einkommensteuer oder Sozialversicherungsbeiträgen wieder abgezogen wird. Mit den „Sprungstellen in der Grenzbelastung“ sind die großen Unterschiede zwischen Einkommen durch Arbeit und dem Bürgergeld gemeint. Das heißt, wer Bürgergeld bezieht, stellt sich finanziell besser.



## Die Vermögenssteuer

Die Vermögenssteuer ist – vereinfacht gesagt – eine Steuer auf den Reichtum den man schon hat, nicht auf das Geld, das man gerade neu verdient. Die linken Parteien (SPD, Grüne und Die Linke) stützen ihre Forderung nach einer Einführung der Vermögenssteuer primär auf Argumente der Verteilungsgerechtigkeit, der Finanzierung von Krisenkosten und der Reduzierung ökonomischer Ungleichheit.

Bis 1997 wurde bereits eine Vermögenssteuer erhoben, die allerdings vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt wurde. Die Steuer verstieß gegen den Gleichheitsgrundsatz, weil Immobilien ungleich zu anderen Vermögenswerten bewertet wurden.

### Verfassungsrechtliche Grenzen und Anforderungen

Eine neue Vermögenssteuer wird es wohl nie geben, da Sie die folgenden Voraussetzungen niemals erfüllen kann (hier vereinfacht dargestellt):

- Die Vermögenssteuer darf nicht die Vermögenssubstanz angreifen, d. h. Die Steuer muss aus den Erträgen bezahlbar sein.
- Gleichheitsgebot: Alle Vermögensarten müssen realitätsgerecht nach dem aktuellen Marktwert bewertet werden.
- Einmalige Vermögensabgabe: Diese ist verfassungsrechtlich nur in extremen Ausnahmesituationen (existenzbedrohende Notlage des Staates) zulässig.
- Dem Steuerpflichtigen muss nach Abzug von Vermögens- und Einkommensteuer die Hälfte seines Einkommens belassen werden. Da Vielverdiener bereits eine Steuerbelastung von 47,5 Prozent (Einkommensteuer plus Solidaritätszuschlag) haben, sind weitere Steuersteigerungen begrenzt.

### Ökonomische Auswirkungen

Unternehmer achten beim Standort natürlich auf die steuerliche Belastung. Eine Vermögenssteuer könnte Investitionen in Deutschland verhindern bzw. den Umzug in ein anderes (EU)-Land auslösen. Weil die Steuer unabhängig vom Gewinn bezahlt wird, kann sie in Krisenjahren die Liquidität und Substanz von Unternehmen angreifen. Ein weiteres Problem sind die hohen Verwaltungskosten, die sich laut Schätzungen auf bis zu 32 Prozent des Aufkommens belaufen.

Bei einer Vermögenssteuer von 1 Prozent würde dies für Unternehmen ein massiver Aufschlag auf die Ertragsteuern bedeuten (z. B. rechnerisch wie eine Erhöhung der Einkommensteuer um ca. 10 Prozentpunkte). Studien zeigen, dass die 1-prozentige Vermögenssteuer die Vermögensungleichheit (Gini-Koeffizient) kaum messbar reduzieren würde.



## Internationaler Vergleich

Ein Blick auf unsere europäischen Nachbarn zeigt, dass der Trend gegen die Vermögenssteuer läuft. Viele OECD-Staaten (z. B. Österreich, Schweden, Norwegen) haben die Vermögenssteuer abgeschafft und Staaten, die sie (zeitweise) einführten, machten sehr schlechte Erfahrungen:

- Norwegen verlor nach einer Erhöhung der Vermögenssteuer 479 „reiche“ Personen, die in die Schweiz umzogen. Dem Staat entgehen nun jährlich 500 Millionen Euro.
- Großbritannien hob 2010 den Spitzensteuersatz an, was als „Reichensteuer“ vermarktet wurde. 10.000 Briten, die eine Million Pfund oder mehr verdienten, hatten darauf hin ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt oder andere kreative Optionen zur Steuervermeidung genutzt.
- Ab 2024 wurde in Großbritannien das sogenannte „Non-Dom“-Steuerprivileg abgeschafft, welches wohlhabende Ausländer bisher begünstigte. Der Wegzug der Ausländer verursacht geschätzt Steuerausfälle von 900 Millionen Pfund (ca. 1 Mrd. Euro) jährlich.
- Auch eine befristete (2022-24) Vermögenssteuer in Spanien ergab dank Steuervermeidungsstrategien statt 1,5 Mrd. nur 623 Mio. Euro an Einnahmen.

Innerhalb der EU herrscht Steuerkonkurrenz; eine nationale Einführung ohne Harmonisierung begünstigt Kapitalflucht in Niedrigsteuerländer.

Immer wieder nennen Befürworter der Vermögenssteuer die Schweiz. Dort ist die Vermögenssteuer allerdings vergleichsweise niedrig und belastet den Bürger kaum.

## Fazit

Ökonomisch macht die Vermögenssteuer keinen Sinn; vor allem Unternehmen werden stark belastet und fallen damit im internationalen Wettbewerb zurück. Zudem ist die Steuer ein weiterer Faktor, der Investitionen in Deutschland verhindert, denn andere EU-Länder wie Ungarn – die ohnehin schon dramatische Kostenvorteile haben – werden damit noch attraktiver. Eine Vermögenssteuer würde sich also als weiteres Bürokratiemonster erweisen, das keinen Nutzen bringt.

# Das allerletzte Hemd

## 1. Das Verhör

FINANZAMT

Sachbearbeiter  
Hr. Gierig

Hmm. Mal sehen, Nach Abzug der Vorauszahlung, der Solidaritätszuschlag-Nachberechnung für 2029 und der Gebühr für das Atmen steuerpflichtiger Luft in Zone 3...



## 2. Die Forderung

...schulden Sie uns noch exakt 14 Cent.



## 3. Die Verzweiflung

Aber... ich habe doch schon alles abgegeben!

Mein Konto ist leer, das Haus ist weg...

dieses Fass ist mein letzter Besitz!

Es ist meine Kleidung und mein Zuhause!



## 4. Der Stempel

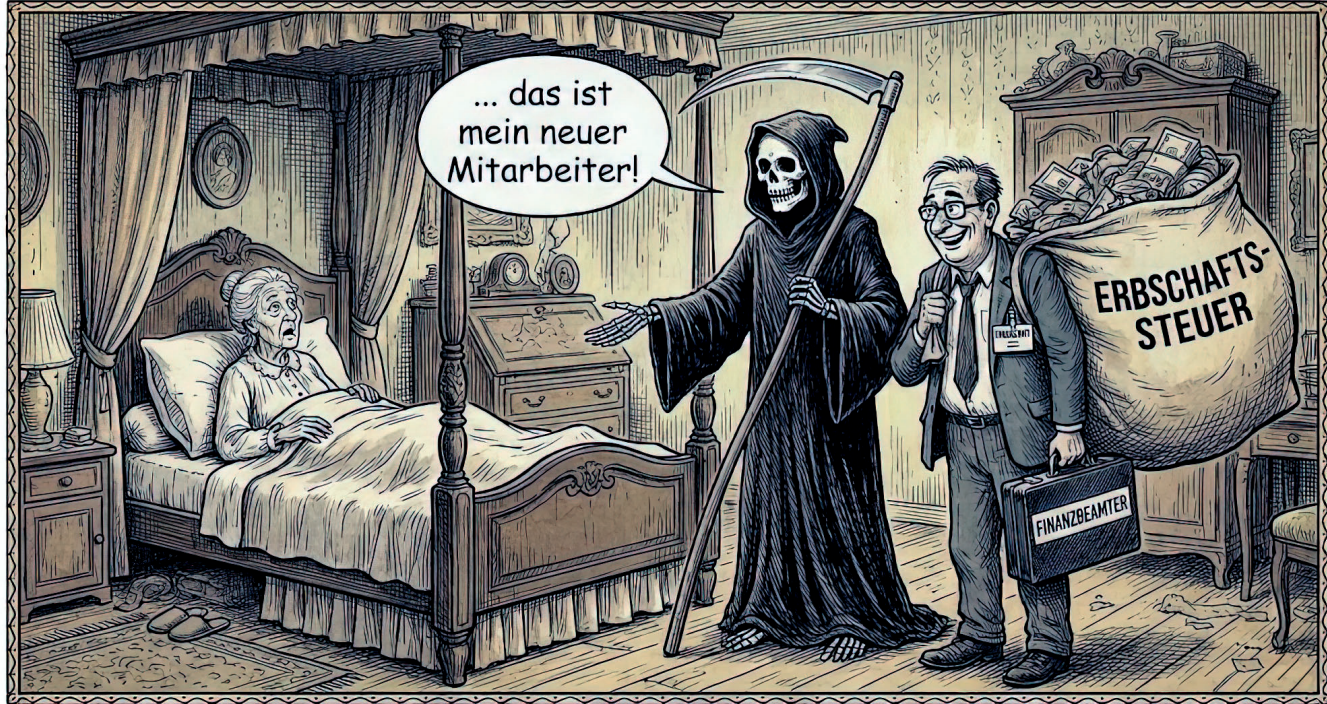
Fass? Meine Liebe, im Amtsdeutsch nennen wir das, Mobiler Wohnraum aus nachwachsenden Rohstoffen!

BESCHLAGNAHMT!



## 5. Der Abgang





## Die Erbschaftsteuer

Besonders umstritten ist in Deutschland die Erbschaftssteuer, die man als eine Art Vermögenssteuer ansehen kann. Andere Länder, darunter wie Österreich, Schweden, Portugal und Norwegen, erheben dagegen keine Erbschaftssteuer.

Die im internationalen Vergleich sehr hohe Steuersätze und die komplexen Verschonungsregeln für Betriebsvermögen haben unangenehme Folgen: Kinder müssen häufig das geerbte Familienhaus verkaufen, um die Erbschaftssteuer zu bezahlen. Dazu trägt auch bei, dass seit 2009 die Freibeträge nicht mehr an die Preissteigerung angepasst wurden. Eine Unternehmensnachfolge kann wiederum im Unternehmensverkauf münden, weil die Liquidität fehlt. Gleichzeitig sind die umfangreichen Ausnahmen für Betriebsvermögen (Lohnsummenregelungen, Behaltensfristen) administrativ aufwendig und verfassungsrechtlich umstritten.

Ohnehin stellt sich bei der Erbschaftssteuer die Frage, ob sie gerecht ist, denn es das an die Erben übertragene Vermögen wurde ja bereits versteuert. Sollte der Gesetzgeber weiter an der Steuerschraube drehen, dürfte das zwei Effekte haben: Noch mehr Unternehmer und Hochqualifizierte wandern aus und wer trotzdem bleibt, wird ab der zweiten Lebenshälfte seinen Beruf aufgeben und sein Einkommen „verbrauchen“.

## Steuergestaltung

Die Erbschaftssteuer und eine vielleicht doch mal eingeführte Vermögenssteuer führt zu Ausweichreaktionen. Vermögende können ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, um der Besteuerung zu entgehen. Darüber hinaus werden Gestaltungsmöglichkeiten wie Kettenschenkungen, Stiftungen, Share Deals und Holding-Strukturen genutzt.

In den nächsten Jahren könnte es Änderungen geben, um „Schlupflöcher“ zu schließen. Wenn man sich die Wahlprogramme der linken Parteien anschaut, dürfte die Belastung weiter steigen, weil man Freibeträge streichen bzw. Steuersätze erhöhen will.

### Quellen:

Beznoska, Martin / Hentze, Tobias (2021): Vermögenssteuer: Keine Steuer ist wirtschaftsfeindlicher. IW-Kurzbericht 63/2021, IW Köln.

Rainer Gievers auf dem Praxisbuch Blog: Politikversagen – wie Politiker unsere Gesellschaft ruinieren: Teil 14 (Stand bis ca. 2024).

Steinbrenner, Daniela / Weck, Stefan / Zental, Jan (2024): Erbschaftsteuer im internationalen Vergleich – Sonderstudie zum Länderindex Familienunternehmen. Erstellt vom ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen.

Frowein, Simon Franz (2024): Vermögenssteuer – Fluch oder Segen? Rahmenbedingungen für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und deren gesamtwirtschaftlichen Allokationseffekt. ExMa-Papers/55, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Universität Hamburg.

Di Fabio, Udo (2023): Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Vermögenssteuern und Vermögensabgaben. Schriften der Stiftung Familienunternehmen, Band 1, Nomos Verlagsgesellschaft.